

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

- Drucksache 12/2400 -

Einzelplan 20

- Allgemeine Finanzverwaltung

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 20 gemäß § 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter	Abgeordneter Helmut Diegel	CDU
Berichterstatter	Abgeordnete Irmgard Mierbach	SPD
	Abgeordneter Dr. Manfred Busch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 20 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 20 am 9. Oktober 1997

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Helmut Diegel MdL	CDU-Fraktion
Irmgard Mierbach MdL	SPD-Fraktion
Dr. Manfred Busch MdL	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
RD'in Best	Finanzministerium
MR'in Schuck-Mitzke	Finanzministerium
AR Brehl	Finanzministerium
OAR Winkens	Ministerium für Bauen und Wohnen
RD'in Bung	Ministerium für Bauen und Wohnen
OAR'in Winands	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Berichterstatter der Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuß erörterten am 9. Oktober 1997 den Entwurf des Einzelplans 20 für das Haushaltsjahr 1998 mit den zuständigen Vertretern und Vertreterinnen des Finanzministeriums sowie des Ministeriums für Bauen und Wohnen.

Hierbei wurden Fragen zu einzelnen Titeln geklärt. Soweit das Gespräch der Berichterstatter zu Informationen geführt hat, die über den als Vorlage 12/1511 verteilten Einführungsbericht zum Einzelplan 20 hinausgehen, sind diese in dem vorliegenden Vermerk dargestellt.

3. Einzelne Kapitel

3.1 Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 571 00 - Zinsen für Kassenkredite

Auf die Frage nach dem Mittelabfluß und dem Grund für die Ansatzerhöhung im Haushaltsplanentwurf 1998 erläuterten die Vertreter des Finanzministeriums, die Ist-Ausschöpfung zum 31.08.1997 betrage 23 Mio DM. Es sei davon auszugehen, daß der Ansatz bis zum Jahresende ausgeschöpft werde. Die Erhöhung des Ansatzes für das Haushaltsjahr 1998 um 10 Mio DM gehe auf eine erwartete Erhöhung des Zinssatzes für kurzfristige Kredite von jetzt 3 % um 1 % auf 4 % zurück.

Titel 697 00 - Zuschüsse im Zusammenhang mit der geordneten Stilllegung des THTR 300 in Hamm-Uentrop

Die Berichterstatter fragten nach dem Grund für die Veranschlagung von Zuschüssen für die Stilllegung des THTR. Das Finanzministerium erläuterte, die Zahlungen erfolgten aufgrund einer Rahmenvereinbarung zwischen Bund, Land und den Betreibergesellschaften. Für die Restabwicklung in den Jahren 1997 bis 2009 würden 303,5 Mio DM benötigt. Davon würden Bund, Land sowie Gesellschafter je 85 Mio DM bereitstellen, der Hauptgesellschafter VEW 30 Mio DM und der Solidarfonds der Elektrizitätswirtschaft 18,5 Mio DM. Zur Finanzierung des Landesanteils seien bis zum Jahr 2009 jährlich 6 Mio DM im Einzelplan 20 einzustellen.

**3.2 Kapitel 20 070 - Staatliche Bauverwaltung - Bauunterhaltung und kleine Bau-
maßnahmen**

**Titel 519 21 - Maßnahmen zur Energieeinsparung und Emissionsminderung
in landeseigenen Gebäuden und Räumen**

Die Mittelausschöpfung zum 31. August 1997 stellt sich folgendermaßen dar:

Ist	1,7 Mio DM
Festlegungen	14,9 Mio DM

Titelgruppe 71 - Nutzung erneuerbarer Energien in landeseigenen Gebäuden

Auf die Frage der Berichterstatter nach dem Mittelabfluß teilte der Vertreter des Ministeriums für Bauen und Wohnen mit, derzeit seien 80 % der Mittel festgelegt bzw. würden bis zum Jahresende verausgabt werden. Zum 31.08.1997 stellte sich der Titelabfluß wie folgt dar:

**Titel 519 71 - Rationeller Energieeinsatz in landeseigenen Gebäuden und
Räumen**

Ist	0,2 Mio DM
Festlegungen	2,9 Mio DM

Titel 799 71 - Rationeller Energieeinsatz bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ist	0 DM
Festlegungen	1,4 Mio DM

Titel 711 10 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Die Vertreter des Finanzministeriums erläuterten in Beantwortung einer Frage aus der Klausursitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in Duisburg, bei den Bauausgaben seien im gesamten Landeshaushalt 1996 Ausgabereste in Höhe von rd. 160 Mio DM entstanden. Der Mittelabfluß 1996 sei insbesondere beeinflusst gewesen von der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie von der haushaltswirtschaftlichen Sperre, die in der Zeit vom 24. Mai bis zum 31. Dezember 1996 bestanden hat.

Die Auswirkungen von Haushaltssperren gemäß § 41 LHO in Abhängigkeit von ihrem Zeitpunkt und ihrer Dauer auf die Höhe der Reste bei den Bauausgaben können bei einem Zahlenvergleich der letzten Haushaltsjahre veranschaulicht werden (Ausgabereste bei den Kleinen Baumaßnahmen - alle Titel der Gruppe 711 - im Kapitel 20 020 - seit 1997 im Kapitel 20 070 -):

1994	23,5 Mio DM	Haushaltssperre vom 25.01. bis 31.05.1994
1995	28,3 Mio DM	Haushaltssperre vom 21.11. bis 31.12.1995
1996	50,8 Mio DM	Haushaltssperre vom 24.05. bis 31.12.1996

Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Haushaltsreste verwies das Finanzministerium darauf, daß diese Reste aus anderen Haushaltsmitteln gedeckt werden müßten.

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen, Haushaltsreste in größerem Umfang bei den Ausgaben für Baumaßnahmen zu verhindern, wurde auch auf § 6 Abs. 8 des Haushaltsgesetzes verwiesen. Darin sei der Deckungsverbund bei den Bauausgaben geregelt. Damit werde ermöglicht, im Haushaltsvollzug Mehrausgaben bei den Baumaßnahmen, die durch einen schnelleren Baufortschritt einen kassenmäßigen Mehrbedarf hätten, durch Einsparungen bei anderen Baumaßnahmen zu leisten.

Das Ministerium für Bauen und Wohnen sei zuständig für die Koordinierung der Deckungsvorschläge.

3.3 Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen

Titel 133 30 - Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen des Landes

Auf die Frage nach der Zusammensetzung des Veräußerungserlöses verwies der Vertreter des Finanzministeriums auf Titelbezeichnung und Erläuterungen im Nachtragshaushaltsplan 1997. Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft sei bereits gegründet worden, habe jedoch noch keine Kaufverträge für Beteiligungen abgeschlossen.

Im Haushalt 1998 seien die Schätzbeträge der zu erzielenden Einnahmen veranschlagt.

Zur Frage der Veräußerung des Landesanteils am Flughafen Düsseldorf erläuterte das Finanzministerium, das Land wolle seinen Anteil an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft übertragen, verhandele jedoch gleichzeitig mit einem dritten Investor.

Titel 352 00 - Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage

Auf die Frage, aus welchem Grund der Ansatz bei Titel 352 00 nicht um den restlichen Betrag der Rücklage in Höhe von 13,3 Mio DM erhöht werde, antwortete das Finanzministerium, 3,3 Mio DM des Restbetrags stammten aus im Jahre 1999 fälligen Wertpapieren. Die danach verbleibenden 10 Mio DM seien nach der mittelfristigen Finanzplanung als Entnahme in 1999 vorgesehen.

3.4 Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung

Titel 575 10 - Zinsen für Kreditmarktmittel

Die Berichterstatter fragten nach der Berechnungsgrundlage für den Ansatz. Das Finanzministerium erläuterte, rd. 6,9 Mrd. DM seien vorgesehen für bereits aufgenommene Kreditmarktmittel und rd. 1,5 Mrd. DM seien für künftige Kreditaufnahmen vorgesehen. Der Zinssatz für langfristige Kredite läge derzeit bei 5 3/4 %. Mit einer Erhöhung des Zinssatzes müsse gerechnet werden; eine konkrete Zahl sei nicht vorhersehbar. Für die Berechnung des Haushaltsansatzes 1998 wurde ein Zinssatz von 6 % angenommen.

Helmut Diegel
(Hauptberichterstatter)

Irmgard Mierbach
(Berichterstatterin)

Dr. Manfred Busch
(Berichterstatter)